



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 26. November 2004
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

Kurzb e r i c h t

über die

*90. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 25. November 2004,
im Konferenzsaal des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Sozialausschuss empfahl dem Landtag, den Bericht der Landesregierung betr. **Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt** und den Bericht der Landesregierung betr. **Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein**, Drucksache 15/3590, zur Kenntnis zu nehmen.

Er empfahl dem Landtag einstimmig, für erledigt zu erklären den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen**, Drucksache 15/1494, den Antrag der Fraktion der FDP betr. **Neuorientierung des Arbeitsmarktes, Neuregulierung der geringfügigen Beschäftigung**, Drucksache 15/1497, den Antrag der Fraktion der FDP sowie den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der CDU betr. **Reform der Arbeitsverwaltung „Vermitteln statt verwalten“**, Drucksachen 15/1573 und 15/1643, den Antrag der Fraktion der CDU zur **Dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt**, Drucksache 15/2443 Abs. 1 und 3, und den Antrag der Fraktion der CDU betr. **Liberalisierung des Ladenschlusses**, Drucksache 15/2575 (neu).

Abschließend zur Kenntnis nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung zur **Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**, Drucksache 15/1173, den mündlichen Bericht der Landesregierung zum Thema **Lage am Ausbildungsmarkt**, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP betr. **Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein**, Drucksache 15/3141, den Bericht der Landesregierung betr. **Personalserviceagenturen**, Drucksache 15/3204, und den **Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2002** der Landesregierung, Drucksache 15/3254.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP **Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!**, Drucksache 15/2428, sowie den Antrag der Fraktion der FDP betr. **Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein**, Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2, abzulehnen.

Er empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag der Fraktion der FDP betr. **Keine gesetzlichen Mindestlöhne**, Drucksache 15/3271, abzulehnen.

Im Rahmen einer alternativen Abstimmung schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfahl mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag betr. **Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität**, Drucksache 15/1713, in der Fassung des Umdrucks 15/5115 anzunehmen.

Er nahm sodann die Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz**, Drucksache 15/3761, auf und empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, im Rahmen der von ihm geplanten Anhörung auch die Wohlfahrtsverbände anzuhören.

Sodann kam der Ausschuss überein, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz zu bitten, über die „Ursachen gehäufter **Leukämiefälle in der Elbmarsch** - Rücktritt von sechs Mitgliedern der Fachkommission zur Aufklärung der Ursachen gehäufter Leukämiefälle in der Elbmarsch“ einen schriftlichen Bericht vorzulegen.

Schluss: 15:35 Uhr

gez. Petra Tschanter